

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, befürwortet die Diskussion über atomwaffenfreie Zonen: Positive Utopie.

Seite 1

Heinz Rapp MdB würdigt den 87. Deutschen Katholikentag: Nach Fest und Festival Normalisierung im guten Sinne.

Seite 5

Erwin Horn MdB spricht sich dafür aus, beim Bundesverteidigungsministerium das Amt des Controllers zu schaffen: Wirkungsvolles Kontrollsystem.

Seite 7

Klaus Kübler MdB begrüßt die Kabinettsentscheidungen zum Umweltschutz: Nahtlose sachepolitische Übereinstimmung der Koalition.

Seite 8

37. Jahrgang / 168

6. September 1982

Positive Utopie

Die SPD sollte die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen breit diskutieren

Von **Karsten D. Voigt** MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 25 Jahren, am 6. September 1957, veröffentlichten 101 Hochschullehrer und Akademieprofessoren einen Aufruf gegen Kernwaffen. Inzwischen sind in vielen Städten und Gemeinden zahlreiche Friedensinitiativen aktiv geworden. Die verschiedenen Friedensinitiativen unterscheiden sich untereinander erheblich in ihrer politischen und sozialen Zusammensetzung, in ihren Aktionsformen und auch in wichtigen Einzelheiten ihrer friedenspolitischen Konzeption. Sie eint aber das Engagement für die Frieden, die Furcht vor einem Nuklearkrieg und das Bewußtsein der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Friedensbewegung.

Um den Gefahren eines Nuklearkrieges entgegenzuwirken, wird neben der Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses zunehmend die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen erhoben. Viele Friedensinitiativen verlangen, daß über die Errichtung atomwaffenfreier Zonen in den parlamentarischen Vertretungen der Länder und Landkreise, aber auch in den Städten, Gemeinden und einzelnen Stadtteilen beraten und entschieden wird. Dazu folgende Thesen:

1. Die SPD sollte das in den Forderungen der Friedensbewegung zum Ausdruck kommende friedenspolitische Engagement ernstnehmen und begrüßen. Die SPD sollte bereit sein - soweit dies im Rahmen der jeweiligen rechtlich verbindlichen Landesverfassungen und Gemeindeordnungen möglich gemacht werden kann - über Konzeptionen zur Errichtung atomwaffenfreier Zonen zu diskutieren.
2. Derartige Diskussionen können aufklärerisch, orientierend und bewußtseinsbildend wirken, wenn engagiert und illusionslos zugleich über Vorzüge, die Risiken und die für die Verwirklichung von atomwaffenfreien Zonen erforderlichen politischen, militärischen und rechtlichen Rahmenbedingungen debattiert wird.
3. Diskussionsbeiträge und Entschlüsse, mit denen der Eindruck erweckt wird, als könnten verfassungsrechtlich einzelne Länder, Städte, Gemeinden oder Stadtteile über die Errichtung atomwaffenfreier Zonen entscheiden, sollte widersprochen werden.



4. Gerade weil Sozialdemokraten sich ernsthaft um eine Verringerung der Nuklearkriegsrisiken bemühen und weil sie friedenspolitisch seriöse Formen von atomwaffenfreien Zonen verwirklichen wollen, sollten sie sich auch gegen die Verbreitung der Illusion wenden, als würde die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearkrieges sich verringern, wenn einzelnen Stadtteilen, Städte, Gemeinden oder Länder sich zu atomwaffenfreien Zonen erklären könnten. Die SPD muß sich um ihrer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit willen wehren, wenn von Vertretern grüner oder alternativer Parteien in kommunalen Parlamenten aus Agitationsgründen Anträge eingebracht werden, in denen trügerische Hoffnungen geweckt werden, deren spätere Enttäuschung zur Desorientierung und Resignation in der Friedensbewegung und zu Glaubwürdigkeitsverlusten von Parlamentariern beitragen muß.
5. Forderungen nach atomwaffenfreien Zonen und nach einem insgesamt atomwaffenfreien Europa wurzeln in der Nachkriegstradition der deutschen und europäischen Friedensbewegung und Friedenspolitik. Derartige Forderungen werden auch im Godesberger Grundsatzprogramm und auch in der sicherheitspolitischen EntschlieÙung des Münchner SPD-Bundesparteitages erhoben.
6. Die SPD setzt sich für das Ziel eines atomwaffenfreien Europas und für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen ein, weil sie der Auffassung ist, daß so unter bestimmten Voraussetzungen das Risiko einer kriegerischen Konfrontation zwischen Ost und West in Europa und insbesondere das Risiko eines Nuklearkrieges in Europa verringert werden kann. Die SPD teilt allerdings nicht die Illusion, als würde jede Form der nuklearen waffenfreien Zone das Risiko eines kriegerischen Konflikts im allgemeinen und eines Nuklearkrieges im besonderen beseitigen oder auch nur verringern.
7. Solange es auf der Welt Nuklearwaffen gibt, besteht auch die Gefahr von Kriegen, in denen atomare Waffen verwendet werden. Aufgrund der interkontinentalen Reichweite der Trägersysteme für atomare Waffen kann Europa auch dann Ziel atomarer Waffen bleiben, wenn in Europa selbst keine atomare Waffen mehr lagern. Aus diesem Grunde setzt sich die SPD mit ihrem Münchener Bundesparteitagsbeschuß für die weltweite Reduzierung von Kernwaffenpotentialen und für die Abschaffung aller Atomwaffen in allen Ländern und Regionen der Welt ein.
8. Es besteht insbesondere dann das Risiko, daß ein atomwaffenfreies Europa weiterhin Ziel von Atomwaffen bleibt, wenn in den Regionen östlich des Urals und in den Seengebieten im Norden, Süden und Westen Europas Atomraketen, Atombomben und Flugzeuge stationiert bleiben, die wegen ihrer mittleren (kontinentalen) Reichweite nur auf Ziele innerhalb Europas gerichtet sein können. Deshalb fordert die SPD den schrittweisen Abbau aller dieser Atomwaffensysteme mittlerer Reichweite in Ost und West, damit in Ost und West keine Atomwaffen mehr vorhanden sind, die auf Ziele in Europa gerichtet werden.
9. Die Hoffnung, daß atomwaffenfreie Zonen deshalb kein Ziel von Angriffen mit atomaren Waffen seien, weil dort keine Atomwaffen lagern, ist nur zum Teil berechtigt. Atomwaffen der UdSSR wie auch der USA zielen in Europa nicht nur auf Atomwaffenlager, sondern vor allem auf Häfen, Brücken, Flughäfen, sonstige Verkehrsknotenpunkte, wichtige Kommandozentralen, Industriegebiete und auch Städte. Andererseits sollen atomare Ziele - vor allem wenn es sich zum Beispiel um bewegliche Raketenstellungen handelt - nicht selber mit Atomwaffen, sondern zum Beispiel mit konventionell bewaffneten Bombern bekämpft werden. Aus diesem Grunde stimmt insbesondere für bewegliche Raketenysteme in Europa die Behauptung, "Atomraketen ziehen Atomraketen an", nur zum geringen Teil.
10. Die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas ist keine Garantie dagegen, daß Europa direkt oder indirekt unter den Folgen eines Nuklearkrieges zwischen den USA und der UdSSR zu leiden hätte. Sie könnte allerdings ein zusätzlicher Schutz davor sein, daß Europa von den Folgen eines Nuklearkrieges betroffen wäre, ohne daß die USA oder die UdSSR mit ihren Territorium gleichermaßen unter der Anwendung atomarer Waffen zu leiden hätten.

In jedem Falle wären Garantien der beiden nuklearen Weltmächte aber auch der beiden die Sicherheitsordnung in Europa nach wie vor prägenden Bündnissysteme Warschauer Pakt und NATO bei der Vereinbarung eines atomwaffenfreien Europa oder atomwaffenfreier Zonen in Europa erforderlich.

11. Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa ist keine Garantie gegen kriegerische Auseinandersetzungen, die mit konventionellen Waffen ausgetragen werden. Damit nukleare Abrüstung nicht zur konventionellen Aufrüstung führt, damit ein konventioneller Krieg nicht wahrscheinlicher wird, und weil ein längerer mit modernen konventionellen Waffen geführter Krieg insbesondere für die beiden deutschen Staaten ähnliche Verwüstungen wie ein auch mit atomaren Waffen geführter Krieg anrichten würde, muß die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone von Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen begleitet sein, die die Wahrscheinlichkeit auch von konventionellen Kriegen in Europa verringert. Hierzu können entsprechend dem Vorschlag der Palme-Kommission und der SPD vertrauensbildende Maßnahmen, Vereinbarungen zur Verringerung der konventionellen Bewaffnung in Europa und zur Verminderung der Fähigkeiten zu Überraschungsangriffen beitragen.
12. Die Schaffung eines atomwaffenfreien Europa kann nur Ergebnis von Vereinbarungen und Verträgen zwischen Ost und West sein. Diese Verträge bedürfen ebenso wie Vereinbarungen über atomwaffenfreie Zonen so klarer Definitionen, daß eine ausreichende Überprüfung der Einhaltung der Vereinbarungen möglich ist. So muß zum Beispiel klar sein,
- ob in einem atomwaffenfreien Europa noch landgestützte Interkontinentalraketen der UdSSR sein dürfen,
 - ob in einem atomwaffenfreien Europa noch seegestützte Atomwaffen kurzer, mittlerer oder interkontinentaler Reichweite in der Ostsee, im Nordmeer, im westlichen Atlantik oder im Mittelmeer stationiert werden dürfen,
 - ob in einem atomwaffenfreien Nordeuropa neben Skandinavien auch die Ostsee und die Kola-Halbinsel atomwaffenfrei werden sollen,
 - ob aus einem atomwaffenfreien Europa neben den Systemen der USA und der UdSSR auch die Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens entfernt werden oder
 - ob in Europa die Atomwaffen vom Territorium aller Nicht-Nuklearwaffenstaaten zurückgezogen werden, aber auf den Territorien Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion verbleiben dürfen.
13. Weil es so schwierig, langwierig und wenig erfolgversprechend zu sein scheint, auf dem Verhandlungswege zur Vereinbarung atomwaffenfreier Zonen zu gelangen, schlagen viele Friedensinitiativen stattdessen einseitige Schritte vor.

Auch das Konzept einseitiger Maßnahmen verdient es, ohne Vorurteile aber auch ohne Illusionen daraufhin überprüft zu werden, wie weit es im Sinne der Friedenssicherung und Abrüstung praktikabel ist, wo es Chancen enthält und wo untragbare Risiken mit ihm verbunden sind.

Der Abzug von tausend Panzern und zwanzigtausend Soldaten aus der DDR durch die UdSSR, und von tausend atomaren Sprengköpfen aus der Bundesrepublik durch die USA in den letzten Jahren haben gezeigt, daß im begrenzten Umfang in der Wirkung wechselseitige aber der Form nach einseitig vollzogene Schritte zur Rüstungsverringerung und auch zur Vertrauensbildung zwischen Ost und West beitragen können.

Allerdings hat die Tatsache, daß Skandinavien seit vielen Jahren schon atomwaffenfrei ist, bisher nicht dazu geführt, daß die UdSSR ihre Atomwaffen mittlerer und kürzerer Reichweite von der Kola-Halbinsel oder aus der Ostsee abgezogen hätte. Auch hat die Tatsache, daß Gemeindeparlamente im Nuklearwaffenstaat Großbritannien ihre Städte zu nuklearwaffenfreien Zonen erklärt haben, bisher nicht zu entsprechenden Beschlüssen in der UdSSR geführt.

Einseitige Maßnahmen können auch einseitig zurückgenommen werden. Dieses Risiko besteht besonders in Krisensituationen, also in Zeiten wenn Stabilität und Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens sich als friedenssichernd bewähren müssen.

Wenn Europa nuklearwaffenfrei werden soll, bedeutet dies eine so grundlegende Veränderung der politischen und militärischen Lage in Europa, daß damit das Konzept einseitiger Maßnahmen überfordert werden würde. Deshalb strebt die SPD gerade um der Stabilität willen in Krisensituationen beidseitig bindende Vereinbarungen an.

14. Ein Durchbruch in Richtung auf die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas könnte die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone nach dem Vorschlag der Palme-Kommission sein. Die Palme-Kommission schlägt die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone von cirka 150 Kilometern beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt vor. Die Verwirklichung dieses Vorschlages verändert die grundlegenden militärstrategischen und bündnispolitischen Bedingungen in Europa zwar nicht, aber sie könnte dazu führen,
- daß nukleare Gefechtsfeldwaffen nicht grenznah gelagert werden,
 - die Wahrscheinlichkeit zu verringern, daß Atomwaffen bereits bei grenznahen Konflikten eingesetzt werden,
 - die militärische Relevanz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen (zum Beispiel Neutronenwaffen) überhaupt zu verringern,
 - die Risiken eines auf Zentraleuropa beschränkten Nuklearkrieges zu vermindern und
 - den Trend zur Entwicklung immer kleinerer Atomwaffen und
 - damit die Illusion von führbaren und kontrollierbaren Atomkriegen zu stoppen.

Deshalb setzt sich die SPD für die Verwirklichung dieses Vorschlages der Palme-Kommission ein.

15. Das Ziel eines insgesamt atomwaffenfreien Europas ist eine positive Utopie. Dieses Ziel ist aber nur sehr langfristig erreichbar. Seine Verwirklichung muß von einem veränderten politischen Verhältnis zwischen Ost und West in Europa, einer Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse im Bereich der konventionellen Waffen und damit auch von einer Veränderung der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Konzeption in Ost und West begleitet sein.

16. Das Ziel eines insgesamt atomwaffenfreien Europa ist heute noch ein Zukunftstraum. Es braucht aber keine prinzipiell unverwirklichbare Illusion zu bleiben, wenn es uns gelingt, in den gegeneinander gerüsteten Blöcken von NATO und Warschauer Pakt wieder den Willen zu Verhandlungen, zum Interessenausgleich und zur gemeinsamen Begrenzung und Verringerung ihrer konventionellen und nuklearen Rüstung zu wecken.

Auch das Godesberger Programm der SPD forderte 1959 die Schaffung einer europäischen Friedensordnung, obwohl damals auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges und ein Jahrzehnt vor dem Beginn der sozial-liberalen Ostpolitik auch nur kleine Schritte in diese Richtung illusorisch und wirklichkeitsfremd zu sein schienen. Wir brauchen wie 1969 auch heute wieder mehr Politiker, die für ihre humanen Träume zu kämpfen wagen, ohne ihren Realismus zu verlieren und ohne auch kleine Schritte in die richtige Richtung gering zu achten.

In diesem Sinne sollten Sozialdemokraten ohne trügerische Illusionen zu verbreiten, soweit rechtlich möglich bereit sein, Anträge zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen oder eines insgesamt atomwaffenfreien Europa auch außerhalb des Bundestages in den Volksvertretungen der Länder, Städte und Gemeinden zu beraten.

(-/6.9.1982/hi/ca)

Katholikentag der Nachdenklichkeit

Nach Fest und Festival Normalisierung im guten Sinne

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

1. Wer nach den Katholikentagen von Freiburg (1978) und Berlin (1980) Summen zu ziehen hatte, der tat sich nicht schwer: Die Head-Lines, die griffigen Wertungen flossen ihm aus der Feder. Freiburg, das war Aufbruch gewesen aus dem Katholikentag der Funktionäre für das Volk in den Katholikentag des Volkes selbst; Freude war das alles mitreißende Gefühl; im Spirituellen ebenso wie im großen Gespräch über die neuen Herausforderungen christlicher Weltverantwortung; die Freude an der offenen Diskussion ließ da den Willen, zu Lösungsansätzen zu kommen, schon auch mal in den Hintergrund treten. Berlin: Da haben die Katholiken sich dieses Aufbruchs nochmals vergewissert und sich in der neuen Offenheit, im neuen Geist eingeübt; als prägender Eindruck freilich blieb der eines religiös durchdrungenen grandiosen Festivals.

Wer über den Düsseldorfer Katholikentag (1. bis 5. September dieses Jahres) berichten will, tut sich schwerer; es wird des zeitlichen Abstands und der Sammlung der Eindrücke bedürfen, bis sich das noch diffuse Bild klären und setzen kann.

Das liegt nun nicht nur an den nochmals gestiegenen Zahlen der Teilnehmer, der Beteiligung der Jugend, der Fülle und Überfülle des Angebots an Themen zu religiösen, kirchlichen, spirituellen, gesellschaftlichen und politischen Fragen in Foren, Werkstätten, Vortragsreihen, Camps und anderen Kommunikationsformen mehr: Vielleicht kommt man der Sache näher, wenn man von einem Katholikentag der Nachdenklichkeit spricht, nach Fest und Festival hat ihn der Alltag wieder, balanciert sich einiges aus. Von Normalisierung - in einem guten Sinne - könnte man sprechen. Das Verhältnis zwischen dem Arbeits- und dem Festival-Katholikentag mag sich zu Gunsten des ersteren verschoben haben, im Zentrum freilich blieb der "spirituelle" Katholikentag; Aber man darf das nicht so verstehen, als seien da drei verschiedene Katholikentage gemeint, denen feste Gruppen zuzuordnen seien, wahrscheinlich mehr noch als in Berlin floß das hin und her.

Alles hat seinen Preis: Es wollte kaum noch gelingen, in der Überfülle ein integriertes, schlüssiges Konzept ausfindig zu machen. Auch ist es in derart riesigen Foren - bei bestem Bemühen der "Anwälte des Publikums" - kaum möglich, das differenzierende Gespräch zu führen; da wird es schon zur großen Leistung, wenn es nicht bei der bloßen Bekräftigung mitgebrachter fester Positionen und vorgefaßter Meinungen bleibt, wenn sich, wie in der Regel geschehen, zwischen den Meinungsblöcken immerhin Nachdenklichkeit einnistet.

Ob die Konfrontation härter oder weniger hart als bei den letzten Katholikentagen war - darüber wird sich kaum Einigkeit erzielen lassen. Wer zum Beispiel die "Friedlichkeit" der Debatten zum Friedensthema hervorhebt, muß sich sagen lassen, daß sich das auch durch die Ausgliederung des "Katholikentages von unten" und die Eigenständigkeit der Aktivitäten des Bundes der katholischen Jugend erklärt; dem aber wird sofort wieder entgegengehalten werden können, daß es gerade zwischen den verschiedenen Veranstaltungsangeboten der institutionell eigenständigen Träger der Friedensdebatte große Fluktuation gegeben hat. Geblieben ist und neu bewährt hat sich die ungewöhnliche Toleranz: "Ich stimme zwar nicht mit Dir überein, aber ich spüre, daß Du ehrlich Deine Meinung sagst. Und das ist gut". Wer freilich bloß Wörterduschen sprudeln ließ, wurde selber naß gemacht...

2. Das Defizit aller Katholikentage war auch diesmal zu beklagen: Menschen, die über ihre Zeit nicht selber verfügen können - Arbeitnehmer zumal - haben an den entscheidenden ersten Tagen gefehlt; erst ab Samstag als der "Arbeitskatholikentag" fast gelaufen



war, fanden sich in großer Zahl auch die 30 bis 60jährigen ein. Wenn die Katholikentage und die Kirchentage in so außerordentlichem Maße von der Jugend geprägt sind, so ist das höchst erfreulich; die Kehrseite der Medaille ist jedoch die, daß die mittleren Jahrgänge (doppelt belastete Frauen zumal) weithin fehlen. Dies wiederum hat zur Folge, daß die Probleme der Arbeitswelt und die Herausforderung christlicher Weltverantwortung durch sie notorisch unterbelichtet bleiben. Den Schülern und Studenten - Lehrlinge fehlen ja auch - wird das niemand zum Vorwurf machen, es liegt dies ja nicht in ihrer Erfahrungswelt. Die Veranstalter der Kirchentage aber werden sich überlegen müssen, wie sie entweder die Teilnahme der arbeitenden Menschen möglich machen oder jedenfalls die Jugend an die Probleme heranführen; Betroffenheit nur aus eigenem Erleiden wäre zur Erneuerung der Welt wohl zu wenig.

3. Frieden, Umwelt-, aber auch Dritte Welt- und Ausländerprobleme: das waren - im Rahmen des "Arbeitskatholikentags" - die Themen der jungen Leute; die Mischung aus Engagement, Rigidität in der Sache bei Toleranz in der Auseinandersetzung, aus Emotionalität und partiell hochgetrimmtem Sachverstand muß man erlebt haben.

Beherrschend - auch wenn's von den ursprünglichen Planungen des Katholikentages her anders gemeint war - ist das Friedenthema gewesen, wobei dann wieder die Probleme um Rüstung und Abrüstung im Vordergrund standen. Daß die Meinungsunterschiede dazu auch institutionell differenziert vorgetragen wurden, ist gesagt worden - und dennoch ist der Eindruck, es stünden sich festgefügte und geschlossene Heerhaufen gegenüber, nur selten aufgekommen. Die Gefahr, daß die sozusagen mittlere Position und die stabilisierende Funktion des BdkJ zwischen wenig gesprächsbereiten Gruppen und Meinungsblöcken zerrieben werden könnte, mußte man sehen: umso erfreulicher, daß sie durch die tapfere "Gegenwehr" der BdkJ-eigenen Veranstaltungen - Friedenswerkstatt, Friedenscamp, Friedensdemonstration am 2. September - abgewendet werden konnte.

Zur Sache selbst: Daß Kardinal Höffner sich in der Friedensfrage voll die von Papst Johannes Paul II. zuletzt in Großbritannien vertretene Position zu eigen gemacht hat, daß die deutsche Bischofskonferenz dazu künftig enger mit anderen nationalen Bischofskonferenzen (auch der der USA) zusammenarbeiten will, wurde bis in den "Katholikentag von unten" hinein als erfreulich und als Fortschritt empfunden.

4. Wie ist es beim Düsseldorfer Katholikentag den anwesenden Sozialdemokraten ergangen? Im Rückblick: Noch in Mönchengladbach - 1974 - wurde der SPD-Ministerpräsident des gastgebenden Landes, ausgepiffen; in Freiburg hat man Sozialdemokraten als bestaunte Exoten wohlmeinend und freundlich mitgenommen; in Berlin waren sie "voll drin" und in Düsseldorf gar waren sie so "voll drin", daß die (oft unberechtigte, manchmal berechtigte) Kritik an den "Vereinigten Obrigkeiten" auch sie mit betraf. "Fortschritt" ist halt ambivalent geworden...

Es hat Auszählungen aus dem gedruckten Programm gegeben, ein wie großer Teil der Referenten und ähnliches im engeren oder weiteren Sinn "der Sozialdemokratie zuzurechnen" seien - ein müßiges Spiel, es genügt, daß sie "voll dabei" gewesen sind. Die Rede des Bundeskanzlers bei der Friedenskundgebung war ein Höhepunkt.

So erfreulich das ist - für sich allein wär's zu wenig. Nach dem Berliner Katholikentag habe ich geschrieben: "Den parteipolitischen Wettbewerb um die engagierten Christen gewinnt man nicht durch anbietende oder anmaßende Vereinnahmung, sondern durch Glaubwürdigkeit und durch die Bereitschaft, zuzuhören, in kritischer Diskussion hilfreich zu sein und sich selber bewegen zu lassen: im Geben und im Nehmen." Nach Düsseldorf ist das noch nachdrücklicher zu betonen. Wer meinte, Kirchentage und die in den Kirchen aufgebrochenen Bewegungen zur "Erneuerung der Welt" wirkten nicht über den Binnenraum der Kirche hinaus, verlöre die Beziehung zur Wirklichkeit. (-/6.9.1982/ks/ca)

+ + +



Wirkungsvolles Kontrollsystem

Der Bundesverteidigungsminister schlägt Dr. Padberg für das Amt des Controllers vor

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Auf der Hardthöhe sind Planung und Steuerung zu verbessern. Probleme wurden spätestens seit dem Tornado ersichtlich. Funktionsmängel waren offenkundig. Mit dem Vorschlag einen Controller einzusetzen, hat der Bundesverteidigungsminister auf der Grundlage der Prüfung von Herrn Encke die Absicht, mit den knapper werdenden Haushaltsmitteln den zukünftigen Aufgaben besser gerecht zu werden.

Sehr deutlich muß herausgestellt werden, daß der Generalinspekteur dabei seine Planungsfunktion in der Bearbeitung der strategischen Zielfunktionen behält. Seine Verantwortung wird nicht im mindesten geschmälert.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, daß Dr. Padberg von dem Minister benannt wurde, um die zukünftig zu schaffende Funktion des Controllers wahrzunehmen. Dr. Padberg hat seinen Befähigungsnachweis durch jahrelange Tätigkeit als Haushalts- und Rüstungsdirektor geliefert. Detail, Kenntnisse und Breiterefahrungen sind die beste Voraussetzung zur Übernahme einer solchen Funktion. Dr. Padberg verfügt darüber.

Inhaltlich geht es auch darum, daß eine Dezentralisierung im Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt wird. Das heißt, die nachgeordneten Behörden, wie zum Beispiel Heeresamt, Materialamt und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sind quantitativ und qualitativ in der Lage, alle Exekutivfunktionen durchzuführen.

Im Laufe der Jahre hat sich aber das Verteidigungsministerium immer mehr Aufgaben zugemutet, die eigentlich von den nachgeordneten Behörden hätten wahrgenommen werden sollen. So wurden bis heute mehr als 50 Projekte zu Systemen angehoben und werden auch alle im Verteidigungsministerium selbst bearbeitet, obwohl das Personal in den nachgeordneten Behörden vorhanden ist. Deshalb ist die Dezentralisierung, das heißt, das Delegieren von Aufgaben nach unten an die Behörden, die dazu befähigt sind, vernünftig und sachgerecht.

Die Einführung eines wirkungsvollen Kontrollsystems soll das Bundesministerium der Verteidigung künftig in die Lage versetzen, ein so komplexes System wie das Bundesverteidigungsministerium zu führen. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt die Ankündigung, das System in der Weise zu übernehmen, wie es Professor Encke vorgeschlagen hat. Nach entsprechender Detailprüfung ist zu erwarten, daß die Ergebnisse konsequent umgesetzt werden.
(-/6.9.1982/ks/ca)

+ + +



Nahtlose sachpolitische Übereinstimmung

SPD/FDP-Koalition bestätigt hohen Stellenwert des Umweltschutzes

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die jüngsten Kabinettsentscheidungen zu den neuen Eckwerten für die Umweltvorhaben dieser Bundesregierung lassen aufhorchen. Das gilt sowohl für das transparente Zustandekommen dieser Beschlüsse wie für ihren Inhalt. Diese Beschlüsse setzen Zeichen und sind ein bewußtes Signal. Sie haben für den Bereich der Umweltpolitik nicht nur die nahtlose sachpolitische Übereinstimmung zwischen SPD und FDP bestätigt und gestärkt, sondern sie sind auch eine Aufforderung an die besonders umweltinteressierten Bürger und an die Umweltschutzorganisationen, diese Umweltpolitik mit aller Kraft zu unterstützen. Diese Bundesregierung ist damit noch keine "grüne" Bundesregierung geworden, aber es war notwendig, daß die Bundesregierung ihren bisher durchaus respektablen umweltpolitischen Erfolgen aber auch Zielen schärfere und deutlichere Konturen gibt. Die umweltbewußte Öffentlichkeit, insbesondere auch unter den Jugendlichen, erwartet eine prägnante Formulierung von umweltpolitischen Zielen durch die Bundesregierung. Parteiprogramme allein erfüllen diesen Zweck nicht ausreichend.

Diese Politik verspricht, daß die Umweltpolitik in Zukunft regionaler diskutiert werden kann. Baum ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen, wenn er sagt, daß die "Stellvertreter-Rolle" der Umweltpolitik für viele Ängste und Enttäuschungen, einschließlich der Kritik an den etablierten Parteien, abgebaut werden müsse. Eine ausgeprägte, im politischen Stellenwert gleichberechtigte Umweltpolitik ermöglicht auch eher, den Meinungsbildungsprozeß bei umweltbewußten Bürgern zu fördern, von apodiktischen Maximalforderungen herunterzukommen und zu Abwägungen mit anderen wichtigen politischen Zielen zu gelangen.

Die Bundesregierung hat bestätigt, daß sie die Zeichen unserer Zeit, nämlich das Vorhandensein zahlreicher existentieller Umweltgefahren, auch in ihrer Dimension erkannt hat und willens ist, umweltpolitisch zu handeln. Umweltpolitik hat damit ihren Stellenwert sehr grundsätzlich erneut erklärt bekommen.



Hier ist nicht, wie die "Welt" meint, mit heißer Nadel genäht worden, sondern hier sind fällige Entscheidungen klar und überzeugend getroffen worden. Wer die Gefahren für unsere Wälder, für Wasser, Boden und Luft durch Schadstoffe kennt, weiß, daß jedes Hinauszögern kaum mehr begrenzbare Schäden in der Zukunft nach sich zieht, deren Eingrenzung oder gar Abbau in Kürze volkswirtschaftlich nicht mehr zu bezahlen wäre. Diesen Nachlaß unseren Kindern und künftigen Generationen zu überlassen, wäre politisch unverantwortlich.

Die Volkswirtschaften der Zukunft wären aller Voraussicht nach nicht mehr in der Lage, die Schäden zu tragen. Baum spricht deshalb auch erneut von positiven ökonomischen Effekten des Umweltschutzes. Der Berliner Umweltsenator Hassener (CDU) hat dafür erst jüngst ein eindrucksvolles Beispiel an die Öffentlichkeit gebracht. Eine große Investitionskapazität im Bereich der Umweltechnologien kann erschlossen werden. Die deutsche Wirtschaft hat hier große Chancen, technologisch und wirtschaftlich eine Führung zu übernehmen. Umweltechnologie wird über kurz oder lang auch exportiert werden können. Denn dem Umweltschutz wird sich bei zunehmender Weltbevölkerung und zunehmender Natur- und Umweltbelastung kein verantwortlich handelnder Staat entziehen können.

Offenbar aufgeschreckt durch die Beschlüsse der Bundesregierung hat der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Spranger in einer ersten Stellungnahme erklärt, daß sich die Bundesregierung damit endlich der dringend notwendigen Revision ihrer verfehlten Umweltpolitik etwas mehr Aufmerksamkeit schenken wolle. Man wird trotzdem nicht erwarten können, daß die CDU/CSU die Umweltpolitik der Bundesregierung mit tragen wird. Vielmehr ist zu erwarten, daß Spranger innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein einsamer Rufer in der Wüste bleiben wird.

In einer ersten politischen Bewertung der umweltpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung kann davon gesprochen werden, daß die Bundesregierung damit eine gute Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß im Bereich der Umweltpolitik ein Konsens in unserer Gesellschaft möglich sein wird. Die Wirtschaft ist ihrerseits aufgerufen, zu diesem Konsens beizutragen und Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Umweltechnologien zu nutzen.

(-/6.9.1982/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

